

schuldig werden zu lassen, wurde damals nicht benutzt; dies war eine Kundgebung des Willens zur Verfassung an maßgebendem Orte. Aus den letzten Empfängen verschiedener Politiker ist durchgesickert, daß die Krone auch diesmal alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten abwägt, um diesen ihren Willen durchzuführen. Allein dafür ist der Wille des Parlaments selbst zum Leben erste Voraussetzung und die Bewilligung der Staats- und Kriegsnotwendigkeiten Vorbedingung. Ein Parlament, das Budgetprovisorium und Kriegskredite vertweigert, macht seine eigene Ausschaltung zur Staatsnotwendigkeit.

Als Mittel, um den Reichsrat zu seiner Pflicht zurückzuführen, ist mancherlei empfohlen und erprobt worden. Die Personenfragen stehen nicht im Vordergrund, da die Schwierigkeiten durch eine Aenderung in der Regierung nicht beseitigt werden können, sondern sachlicher Natur sind. Wie künstlich sie von mancher Seite in den letzten Tagen vorgeschoben worden sind, beweist das jähe Abbrechen der Gerüchte und Vorstöße über „Treuhand“-Regierungen und Parlamentarisierungen in dem Augenblicke, da von führender christlich-sozialer Seite in der „Reichspost“ festgestellt worden ist, daß diese Art der Lösung derzeit weniger denn je geeignet erscheint, die Arbeitsfähigkeit des Hauses herzustellen. Das einzige Mittel ist die Verständigung zwischen den Parteien auf sachlicher Grundlage zur Arbeit. Die bisher darüber geführten Verhandlungen haben wenig erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Die Aufnahme der Kreiseinteilungsverordnung, die endlich den Willen der Regierung zur Ordnung und Abgrenzung des böhmischen Streites verkündet, wird für die nächste Zeit das politische Bild bestimmen. Die Umrisse einer Verständigung, die das Parlament aus dem tiefen Verfall herausführen könnte, sind nirgends sichtbar.

Die Regierung hat erklärt, daß sie an eine Anwendung des Notparagrafen nicht denke; dies bezog sich auf die Zeit, die durch die Vertretung dem Hause zur Ueberlegung und zur Entwirkung gegeben worden ist. Die Benützung des § 14 für den Fall, daß die parlamentarische Erledigung der Staatsnotwendigkeiten nicht gelingen sollte, steht aber wohl außer Zweifel. Seine Anwendung während einer Vertagung hat aber bei den Parteien selbst große Anfechtungen erfahren. Außerdem wäre die Nichtbewilligung der Staatsnotwendigkeiten durch das Parlament eine derartige Herausforderung, daß darüber man mit neuerlicher Vertagung oder Sessionschluß kaum hinwegkommen könne. Endlich würde sich damit das Haus in einen ausgesprochenen Gegensatz zu der Bevölkerung setzen, die für den Bestand ebendesselben Staates alle Opfer trägt. Es ist daher, wie man uns in parlamentarischen Kreisen versichert, die Meinung verbreitet, daß das neuerliche Versagen des Hauses die Auflösung des Abgeordnetenhauses zur Folge hätte.

Der Ernst der Lage ist damit gekennzeichnet. Im Juni sind es sieben Jahre, seit das gegenwärtige Abgeordnetenhause voll der größten Versprechungen zum erstenmal zusammengetreten ist. Ein Jahr länger als die Verfassung einräumt, war ihm Zeit gegeben, seinen guten Willen zu betätigen; aber es war auch stets schwach in der Tat und zaghaft in den Mitteln sich selbst zu behaupten. Diese innere Schwäche führt es neuerlich einer schweren Gefahr entgegen. Wird es diesmal die Kraft aufbringen, ihr zu widerstehen?

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhause.

Die christlichsoziale Parteikorrespondenz gibt über die kommenden Parteienerhandlungen im Abgeordnetenhause folgendes Stimmungsbild:

Nach den Feiertagen werden die Verhandlungen zur Bildung einer Arbeitsmehrheit fortgesetzt werden, deren Hauptträger bekanntlich die deutschen Parteien und der Polenklub sein sollen. Die Polen verlangten von den Vertretern der deutschnationalen Parteien Bürgschaften für die Erfüllung ihrer Forderungen, an die Christlichsozialen wurde nicht herangetreten. Dieses Begehren geht über die Macht einzelner Parteien weit hinaus, da die wichtigsten Punkte in das Gebiet der auswärtigen Politik fallen und Deutschland, aber auch die Ukraine und Litauen dabei die Entscheidung zusteht. Graf Burian lehrt am Freitag, den 24. d. von Konstantinopel zurück und wird einige Tage später die Verhandlungen in Berlin über den Bündnisausbau weiterführen, wobei auch die polnischen Wünsche zur Sprache kommen werden. Voraussichtlich im ersten Drittel des Juni also wird Graf Burian dem Polenklub die geforderten Auskünfte geben können. Danach wird der Polenklub seine Stellung im Parlament beziehen. Gleichzeitig soll die Arbeit in den Delegationen wieder aufgenommen werden, und zwar werden wahrscheinlich der Ausschuss für Aeußeres — wahrscheinlich teilweise in vertraulichen Sitzungen — und der Heeresauschuss, dieser vielleicht etwas früher ihre Beratungen fortsetzen. Befriedigen die Auskünfte des Grafen Burian und dann die Antworten Dr. v. Seidlers den Polenklub, dann können die Deutschnationalen und Christlichsozialen mit ihm eine etwa 220 Mitglieder umfassende Gruppe bilden, der sich also noch einige Duzend Abgeordnete angliedern müßten, um eine tragfähige Mehrheit sicherzustellen. Da es sich hierbei in hervorragendem Maße auch um die Erhaltung des Parlaments handelt, ist anzunehmen, daß die Polen ihre Ansprüche in möglichen Grenzen halten. Und auch die deutschen Sozialdemokraten werden wieder die Pflicht, das Parlament zu erhalten, in ernster Rücksicht ziehen müssen. Im gemeinsamen Vorgehen mit den deutschnationalen

Parteien werden die Christlichsozialen wie bisher das möglichste aufbieten, um das Parlament zu fruchtbarerem Schaffen für Volk und Staat zu bringen.

Die Beratungen der Polen.

Für Donnerstag, den 23. wurde „zur Prüfung der polnischen Lage“ das Präsidium einberufen. Die für diesen Tag geplante Beratung der parlamentarischen Kommission wurde verschoben.

Die Kulturkampfgefühle der Wiener Liberalen.

Die Wiener liberalen Reichsratsabgeordneten haben an den Kriegsminister, der ihnen gar nicht verantwortlich ist, einen „Protest“ gegen die Meldung gerichtet, daß die jugendlichen Arbeiter der Kriegsleistungsbetriebe an zwei Nachmittagen eines jeden Monats zu religiösen Übungen angehalten werden. Sachlich wäre diese Maßnahme der Kriegsverwaltung zweifellos ebenso berechtigt, wie die Vornahme religiöser Übungen, wie z. B. des Kirchenganges, in der Armee selbst, da die Kriegsleistungsbetriebe und ihre Arbeiter unter militärischem Kommando stehen. Und über den moralischen Wert solcher Auflager dürfte niemand im Zweifel sein, der die Verwahrlosung der Jugend im Kriege beobachtet.

Innerpolitisches.

Schicksalstage des Abgeordnetenhauses.

Das Parlament hat sich tief im Grunde verfahren. Die letzte Lebensäußerung des Abgeordnetenhauses, die Obmännerkonferenz, zu der die mit Obstruktion drohenden tschechischen Parteien gar nicht zu erscheinen für nötig hielten, hat die Unmöglichkeit der parlamentarischen Zustände klar dargestellt. Keine Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten, zwischen den Parteien, zwischen den geschlossenen nationalen Gruppen kein Vertrauen und keine Aussicht auf Verständigung, innerhalb der Parteien mit wenigen Ausnahmen Zerfahrenheit und Führerlosigkeit, von den Parteien zur Regierung kein Weg und kein Zusammengehörigkeitsgefühl, das radikale Schlagwort überall oben auf, so bietet das Haus ein trostloses Bild der Selbstzerfleischung.

Das Gesetz über die verfassungsmäßige Fortführung des Staatshaushaltes läuft mit Ende Juni ab. Bis dahin haben die radikalen Parteien Bedenken, ob sie dem Staate gegenüber ihre Pflicht erfüllen oder das Parlament vollständig dem Untergange überantworten wollen. Der Ernst der Wahl steht außer aller Frage und eben darum wird gewiß noch ein letzter Versuch gemacht werden, die letzten Notwendigkeiten auch sichtbar vor aller Augen aufzuzeigen. Die Pflichtarbeiten des Hauses konnten in diesem einen Jahre parlamentarischer Aera nur mit immer größeren Schwierigkeiten erfüllt werden und beim letzten Budgetprovisorium mußte sogar ein zwölfstägiger Ex-lex-Zustand zugestanden werden. Eine einwandfreie Gelegenheit, das Parlament